

Kolumne, 2.04.2013
© Dr. Sabine Schiffer

Der NSU-Prozess und seine Schatten

Der NSU-Prozess wirft seine Schatten voraus. Viel Hoffnung auf weitere Aufklärung verbindet sich für die Familien der Opfer des sogenannten NSU mit dem Prozess gegen Beate Zschäpe. Nach den Vertuschungsversuchen der Vergangenheit, der Vernichtung von Beweismaterial und Spuren, hoffen auch Antifaschisten und viele aufgeklärte Bürger, der Prozess möge Zweifel ausräumen und für rechtstaatliche Klarheit sorgen. Denn der Verdacht, dass es von mancher Seite Kungelei mit Rechtsextremen gebe, die Rassismus und gar Morde ermöglichen, wäre Gift für die bundesrepublikanische Demokratie.

Umso befremdlicher wirkt sich die Tatsache aus, dass es für die genannten Aspekte beim Oberlandesgericht in München wenig bis gar kein Gespür zu geben scheint. Man kann sich kaum vorstellen, dass die Wichtigkeit und das öffentliche Interesse an dem Prozess unterschätzt wurde, eher dass man es im Zaum zu halten gedenke. Dass so wenig Platz für Prozessbeobachter vorgesehen ist, hätte uns im Falle eines anderen Landes vielleicht längst den Vorwurf des Zensurversuchs abgerungen. Hier geht das in verwaltungstechnischen Vorschriften unter und das ist deutsche Spezialität und hat eine lange Tradition und schon erschreckende Spuren in unserer Geschichte hinterlassen – wo so manche diskriminierende Maßnahme mit Stempel und Siegel ausgeführt wurde.

Dass angesichts der Mehrheit der Opfer kein festes Platzkontingent für türkische Journalisten eingeplant wurde, spricht weitere Bände. Dabei scheint mir weniger die viel diskutierte „fehlende Sensibilität“ das Hauptproblem zu sein, als das Potential zum Ablenkungsmanöver, das in dieser Debatte steckt. Denn natürlich würden viele verschiedene Journalisten jeweils bestimmte Aspekte des Prozesses gewichten und die interessierten Bürger könnten sich ein umfassendes Meinungsbild erstellen. Das wäre besonders darum wichtig, weil die geplanten Zeugenvernehmungen bereits auf eine Verzerrung hindeuten, die von den Medien als Vierte Gewalt in den Blick genommen werden müsste: Während Familienmitglieder und Freunde der drei Mitglieder der sog. Zwickauer Zelle großzügig geladen werden, verschwindet die Frage nach der Involviertheit von Geheimdiensten und Behörden auffällig. Die Skandale um die wenigen Enthüllungen in den Untersuchungsausschüssen sollen offensichtlich vor Gericht und damit in der breiten Öffentlichkeit keine große Rolle mehr spielen.

Genau das torpediert das berechtigte Anliegen der Angehörigen der Ermordeten, die jahrelang behördliche Schikanen und öffentliche Schmach haben über sich ergehen lassen müssen. Nun drohen sie damit konfrontiert zu werden, dass ihr Leid nicht auf der Ebene aufgeklärt wird, auf der es sich gehört. Eines Rechtsstaates unwürdig.